



Sozialdemokratische Partei
Köniz

Motion Grüne und SP:

Fussgänger/innenstreifen in Tempo-30-Zonen

Der Gemeinderat wird beauftragt, die Vortrittsverhältnisse für Fussgänger/innen im Bereich von Schulen und Heimen zu verbessern, indem er

- a) als prioritäre Massnahme in Tempo-30-Zonen Fussgänger/innenstreifen (FSG) belässt oder sie neu anbringt oder
- b) in begründeten Ausnahmefällen andere Massnahmen trifft, welche die Vortrittsverhältnisse von Nutzenden verbessert.

Er trifft die nötigen Massnahmen, um den Vortritt sicher zu gestalten.

Begründung:

Tempo 30 erhöht grundsätzlich die Sicherheit und die Wohnqualität in Quartieren, und wurde folgerichtig in den vergangenen Jahren auch in Köniz zunehmend und erfolgreich in verschiedenen Ortsteilen eingeführt. Innerhalb einer Tempo-30-Zone werden keine FGS angebracht. Fussgänger/innen können die Strasse an jedem beliebigen Ort queren. Auto- und Velofahrende haben jedoch Vortritt.

Für jüngere Kinder und anderen Personen mit besonderen Schutzbedürfnissen ist es in Tempo-30-Zonen aber herausfordernd oder nicht möglich, die Strasse selbstständig sicher zu queren. Es ist je nach Alter für Kinder nicht möglich, die Situation im Strassenverkehr richtig einzuschätzen, wenn Fahrzeuge in Bewegung sind. Die von der Kantonspolizei propagierte wichtige Verkehrsinstruktion «Rad steht – Kind geht», welche die Kinder lernen und welche auch für mobilitätseingeschränkte Personen jeglichen Alters hilfreich ist, ist in Tempo-30-Zonen ohne FGS hilflos.

Dies sieht auch der Bundesrat so. In seiner Postulatsantwort 99_3115 präzisiert er: «Der Verzicht auf das Anbringen von Fussgängerstreifen auf verkehrsberuhigten Strassen ist nur dort empfehlenswert, wo keine besonderen Schutzbedürfnisse für Fussgängerinnen und Fussgänger bestehen. Besondere Schutzbedürfnisse können insbesondere im Bereich von Schulhäusern oder Altersheimen vorhanden sein oder dort, wo das Verkehrsaufkommen erheblich ist.» In der Antwort des Bundesrates auf die parlamentarische Anfrage Kiener Nellen 04.1090 heisst es ferner: «Fussgängerstreifen können in Tempo-30-Zonen aber dort angebracht werden, wo ein besonderes Bedürfnis nachgewiesen ist. Dies kann in der Nähe von Schulen und Heimen (...) sein.» Auch gemäss der Beratungsstelle für Unfallverhütung (BFU) sollten FGS bei besonderen Vortrittsbedürfnissen der Fussgänger/innen, wie bei Schulen und Heimen, beibehalten werden.

Aus Sicht der Bevölkerung, insbesondere der Eltern, ist die Situation in Köniz in Tempo-30-Zonen im Bereich von Schulhäusern vielerorts sehr unbefriedigend. Besonders kritisch ist die

Situation in jenen Tempo-30-Zonen im Bereich von Schulhäusern (Schulwegsicherheit) und Altersheimen,

- in denen mehrmals täglich hohe Verkehrsaufkommen zu verzeichnen sind, welche zeitgleich mit Schulbeginn- und schluss stattfinden (Rush Hours);
- in denen Rückstaus entstehen z.B. aufgrund von Ampelkreuzungen am Ausgang der Zone;
- in zu kleinräumigen Tempo-30-Zonen, in denen die Ein- und Ausfahrgeschwindigkeit aufgrund der kurzen Distanz nicht ausreichend gedrosselt wird;
- in Situationen, in welchen nicht überall eine genügende Sichtweite zum sicheren Queren vorhanden ist;
- in Situationen, in denen aufgrund der räumlichen Enge ein Verdrängungskampf stattfindet (Auto auf Velostreifen -> Velo auf Trottoir).

Der Schulweg ist ein wichtiges Stück Lebensweg für Kinder. Der Artikel „Der verfassungsmässige Anspruch auf einen zumutbaren Schulweg“ (Sandor Horvath), welcher im Schweizerischen Zentralblatt für Staats- und Verwaltungsrecht ZBI 12/2007 veröffentlicht wurde und seither regelmässig von der Rechtsprechung zitiert wird, sieht den „Schulweg, resp. der Weg zum Kindergarten [...] als ein wichtiges Stück Lebensweg und für die Persönlichkeitsentwicklung der Kinder von grosser Bedeutung. Grundsätzlich soll der Schulweg von den Kindern selbständig zurückgelegt werden können. Kinder lernen auf dem Schulweg ihre Umwelt kennen, sie spielen, knüpfen Kontakte und tragen ihre sozialen Konflikte ohne die Beteiligung von Erwachsenen aus“.

Köniz sollte so gestaltet sein, dass Kindergarten- und Schulkinder wie auch ältere Menschen im Alltag selbstständig und sicher unterwegs sein können. Denn eine Gemeinde, welche sowohl ihre Altersfreundlichkeit, ihre dezentralen Schulstandorte wie auch die Förderung des Langsamverkehrs zu ihren Pluspunkten zählt, soll auch bei der Sicherheit von Fussgänger/innen mit besonderen Schutzbedürfnissen vorbildlich sein. Sie soll die Empfehlung des Bundesrates umsetzen und in Tempo-30-Zonen im Bereich von Schulhäusern und Altersheimen FGS in der Regel belassen oder neu anbringen.

Wabern, 17. März 2019